

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XIII

Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz (LSD-BG)

Einleitung	1
------------------	---

1. Hauptstück

Allgemeine Bestimmungen

§ 1. Geltungsbereich	2
§ 1 a. Zusätzliche Bestimmungen zum Geltungsbereich im Straßenverkehr für den Anwendungsbereich der Richtlinie (EU) 2020/1057 und des Anhangs 31 Teil A Abschnitt 2 des Abkommens mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland	65
§ 2. Wahrer wirtschaftlicher Gehalt – Beurteilungsmaßstab	77

2. Hauptstück

Arbeitsrechtliche Ansprüche und Maßnahmen zu ihrem Schutz

1. Abschnitt

Arbeitsrechtliche Ansprüche

§ 3. Anspruch auf Mindestentgelt, Aufwandersatz und Bedingungen für angemessene Unterkünfte	91
§ 4. Urlaubsanspruch	122
§ 5. Anspruch auf Einhaltung der Arbeitszeit und der Arbeitsruhe	127
§ 6. Regelungen für die grenzüberschreitende Arbeitskräfteüberlassung	129
§ 7. Kollektivverträge	134

Kozak, LSD-BG ²	VII
----------------------------	-----

Inhaltsverzeichnis

2. Abschnitt Haftungsbestimmungen

§ 8.	Haftung für Entgeltansprüche gegen Arbeitgeber mit Sitz in einem Drittstaat	136
§ 9.	Haftungsbestimmungen für den Baubereich	142
§ 10.	Haftung des Generalunternehmers für Entgeltansprüche gegen Auftragnehmer mit Sitz in einem EU-Mitgliedstaat oder EWR-Staat oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft	159
	Nach §§ 8–10 Regress	169

3. Abschnitt Behörden

§ 11.	Behörden und Stellen	171
§ 12.	Erhebungen des Amtes für Betrugsbekämpfung	175
§ 13.	Kompetenzzentrum LSDB	181
§ 14.	Feststellungen von Übertretungen durch den Träger der Krankenversicherung	185
§ 15.	Feststellung von Übertretungen durch die Bauarbeiter-Ur- laubs- und Abfertigungskasse	188
§ 16.	Zusammenarbeit der Behörden im Inland im Bereich der Arbeitskräfteüberlassung	204
§ 17.	Zusammenarbeit mit Behörden anderer EU-Mitgliedstaa- ten und EWR-Staaten und gegenseitige Amtshilfe	206
§ 17 a.	Zusammenarbeit mit Behörden anderer EU-Mitgliedstaa- ten und gegenseitige Amtshilfe im Straßenverkehr nach der Richtlinie (EU) 2020/1057	209
§ 17 b.	Zusammenarbeit mit Behörden und gegenseitige Amtshilfe im Straßenverkehr nach dem Abkommen mit dem Verei- nigten Königreich Großbritannien und Nordirland	211
§ 18.	Informationsverpflichtung von Arbeitgebern mit Sitz im Inland	212
§ 18 a.	Informationsverpflichtung von Verkehrsunternehmern ...	213

4. Abschnitt**Formale Verpflichtungen bei grenzüberschreitendem Arbeitseinsatz**

§ 19.	Meldepflicht bei Entsendung oder Überlassung aus einem EU-Mitgliedstaat oder EWR-Staat oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft	214
§ 19 a.	Meldepflicht bei Entsendung von mobilen Arbeitnehmern im Straßenverkehr	226
§ 20.	Information der Behörden	230
§ 21.	Bereithaltung von Meldeunterlagen, Sozialversicherungsunterlagen und behördlicher Genehmigung	232
§ 21 a.	Bereithaltung von Unterlagen im Straßenverkehr	238
§ 22.	Bereithaltung von Lohnunterlagen	241
§ 23.	Ansprechperson	250
§ 24.	Verantwortliche Beauftragte	252

5. Abschnitt**Strafbestimmungen, Untersagung der Dienstleistung und Evidenz über Verwaltungs(straf)verfahren**

§ 25.	Ort der Verwaltungsübertretung	254
§ 25 a.	257
§ 26.	Verstöße im Zusammenhang mit den Melde- und Bereithaltungspflichten bei Entsendung oder Überlassung	258
§ 26 a.	Verstöße im Zusammenhang mit den Melde- und Bereithaltungspflichten im Straßenverkehr	268
§ 27.	Vereitelungshandlungen im Zusammenhang mit der Lohnkontrolle	273
§ 27 a.	Vereitelungshandlungen im Zusammenhang mit der Kontrolle im Straßenverkehr	279
§ 27 b.	283
§ 27 c.	286
§ 28.	Nichtbereithalten und Nichtübermittlung der Lohnunterlagen	287
§ 29.	Unterentlohnung	295
§ 30.	Unterlassung einer Änderungsmeldung zur Person des verantwortlichen Beauftragten	337
§ 31.	Untersagung der Dienstleistung	338
§ 32.	Parteistellung in Verwaltungs(straf)verfahren	351
§ 33.	Vorläufige Sicherheit	356

Inhaltsverzeichnis

§ 34.	Zahlungsstopp – Zahlungsverbot – Sicherheitsleistung	363
§ 35.	Evidenz über Verwaltungs(straf)verfahren nach den §§ 26, 26a, 27, 27a bis 27c, 28, 29 Abs. 1, 31 und 34	385

3. Hauptstück

Durchsetzung von Maßnahmen zum Schutz arbeitsrechtlicher Ansprüche bei grenzüberschreitendem Arbeitseinsatz

1. Abschnitt

Allgemeine Bestimmungen

§ 36.	Anwendungsbereich	392
§ 37.	Bestimmung der Begriffe „inländische Behörde“ und „in- ländische Behörden“	395
§ 38.	Aufwand der Strafverfolgung bei grenzüberschreitender Rechtsdurchsetzung	397
§ 39.	Verwendung des Binnenmarkt-Informationssystems (IMI)	401
§ 40.	Ämter der Landesregierung als zentrale Behörden	403

2. Abschnitt

Zustellung an ausländische Arbeitgeber im Inland

§ 41.	405
-------	-----------	-----

3. Abschnitt

Erwirkung der Zustellung und Vollstreckung der Entscheidungen inländischer Behörden in einem anderen EU- Mitgliedstaat oder EWR-Staat

1. Unterabschnitt

Allgemeine Bestimmungen

§ 42.	Anwendungsbereich	419
§ 43.	Übermittlung eines Ersuchens um Zustellung oder Voll- streckung	420
§ 44.	Mitteilung der weiteren Behandlung eines Ersuchens um Zustellung oder Vollstreckung	424

Inhaltsverzeichnis

2. Unterabschnitt

Erwirkung der Zustellung der Entscheidungen inländischer Behörden in einem anderen EU-Mitgliedstaat oder EWR-Staat

§ 45.	Grundsätze	425
§ 46.	Ersuchen um Zustellung in einem anderen EU-Mitgliedstaat oder EWR-Staat	427

3. Unterabschnitt

Erwirkung der Vollstreckung der Entscheidungen inländischer Behörden in einem anderen EU-Mitgliedstaat oder EWR-Staat

§ 47.	Grundsätze	429
§ 48.	Ersuchen um Vollstreckung in einem anderen EU-Mitgliedstaat oder EWR-Staat	431
§ 49.	Benachrichtigung der um Vollstreckung ersuchten Behörde eines anderen EU-Mitgliedstaats oder EWR-Staats ...	432
§ 50.	Folgen des Ersuchens um Vollstreckung in einem anderen EU-Mitgliedstaat oder EWR-Staat für die Vollstreckung im Inland	434

4. Abschnitt

Zustellung und Vollstreckung der Entscheidung einer Behörde eines anderen EU-Mitgliedstaats oder EWR-Staats im Inland

1. Unterabschnitt

Allgemeine Bestimmungen

§ 51.	Anwendungsbereich	435
§ 52.	Anerkennung und Gleichbehandlung der Entscheidung eines anderen EU-Mitgliedstaats oder EWR-Staats	436
§ 53.	Weiterleitung bei Unzuständigkeit	436
§ 54.	Ablehnung der Vollstreckung	438
§ 55.	Benachrichtigung der ersuchenden Behörde eines anderen EU-Mitgliedstaats oder EWR-Staats	442

2. Unterabschnitt

Zustellung gerichtlicher und verwaltungsbehördlicher Entscheidungen eines anderen EU-Mitgliedstaats oder EWR-Staats im Inland

§ 56.	Veranlassung der Zustellung	445
§ 57.	Anzuwendendes Verfahrensrecht	446
§ 58.	Ablehnung der Zustellung	447

Inhaltsverzeichnis

3. Unterabschnitt

Vollstreckung verwaltungsbehördlicher Entscheidungen eines anderen EU-Mitgliedstaats oder EWR-Staats im Inland

§ 59. Veranlassung der Vollstreckung	448
§ 60. Anzuwendendes Verfahrensrecht	450
§ 61. Aufschub der Vollstreckung	451
§ 62. Beendigung der Vollstreckung	452
§ 63. Erlös aus der Vollstreckung	453
§ 64. Kosten	453

4. Unterabschnitt

Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen eines anderen EU-Mitgliedstaats oder EWR-Staats im Inland

§ 65. Veranlassung der Vollstreckung	453
§ 66. Anzuwendendes Verfahrensrecht	454
§ 67. Aufschub der Vollstreckung	456

4. Hauptstück

Schlussbestimmungen

§ 68. Verweisungen	457
§ 69. Kontrollplan – Tätigkeitsbericht	458
§ 70. Sprachliche Gleichbehandlung	461
§ 71. Vollziehungsbestimmungen	461
§ 72. Inkrafttreten	462

Anhang 1: Behördenstruktur

467

Anhang 2: Rechtsweg

468

Anhang 3: Kumulation von Strafen

469

Stichwortverzeichnis

471